



WOCHENRÜCKBLICK



Missbräuchliche Anerkennung von Vaterschaften endlich wirksam bekämpfen

Die missbräuchliche Anerkennung von Vaterschaften ist durch den Fall des „Mr. Cashmoney“ erst vor kurzer Zeit einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Unter dem Begriff „Scheinvaterschaften“ geben Männer fälschlicherweise vor, die Väter von Kindern ausländischer Mütter zu sein. Diese und ihre Angehörigen erhalten Aufenthaltstitel und Sozialleistungen und nutzen so den deutschen Sozialstaat aus.

Die AfD-Bundestagsfraktion will mit einem Gesetzentwurf gegen diesen Betrug vorgehen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Brandner, teilt dazu mit:

„Diese Betrugsmasche kostet den Staat Milliarden Euro. Es gibt unglaubliche Fälle von Scheinvaterschaften, durch die unsere Rechts- und Sozialsysteme missbraucht werden, bis hin zu Fällen, in denen versucht wurde, hunderte Kinder anzuerkennen. Der vorgestellte Gesetzentwurf sieht eine zwingende Beteiligung der Ausländerbehörden bei jeder Vaterschaftsanerkennung vor, wenn ein Elternteil nichtdeutscher Herkunft ist. Zudem wird die Beweislast für die Anerkennung der Vaterschaft dem Anerkennenden auferlegt, was mit Hilfe einer dafür verpflichtenden DNA-Analyse stattfinden kann. Diese entschlossenen Schritte sollen den Missbrauch von Vaterschaftsanerkennungen effektiv bekämpfen und die Integrität unseres Rechtssystems sichern. Wir machen damit das, was die anderen bisher jahrelang verpennt haben.“



Aktuelle Videos

**GUTE FRAGEN -
SCHLECHTE ANTWORTEN**

**Geschlecht
wechseln wie
man will -
außer es ist
KRIEG**



**Geschlecht wechseln wie man
will - außer es ist Krieg**

**ABSCHIEBEN
ENTLASTET
DIE JUSTIZ!**



Abschieben entlastet die Justiz

**5 FRAGEN -
5 ANTWORTEN**



**Bürger fragen - Brandner antwortet
5 Fragen - 5 Antworten**

**GUTE FRAGEN -
SCHLECHTE ANTWORTEN**

**Alles für
die Ukraine?**



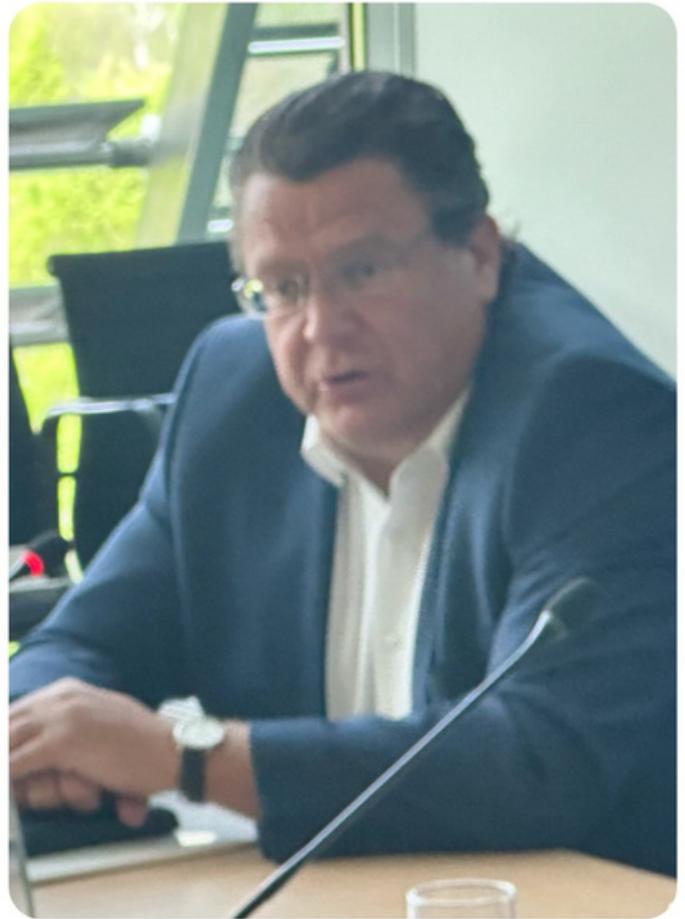
**Alles für die Ukraine?!
(Gute Fragen - schlechte Antworten)**



**STEPHAN
BRANDNER**

2

Pressekonferenz am Dienstag zu Scheinvaterschaften am 9. April



STEPHAN BRANDNER

4

Besuchergruppe in Berlin 11. April



PIC·COLLAGE



STEPHAN
BRANDNER

5

Plenarimpressionen



STEPHAN
BRANDNER

6

Bürgerdialog in Bad Salzflen am 12. April



STEPHAN BRANDNER

7

Kundgebung in Gütersloh am 13. April



Bürgerdialog in Saerbeck am 13. April



Wanderung am Biggesee am 14. April



Bürgerdialog in Olpe am 14. April



STEPHAN BRANDNER

Bürgerdialog in Menden am 14. April



Bericht aus dem Plenum: Mittwoch, 10. April

Recht - Gesetzentwurf zur Digitalisierung der Justiz beraten

Die Abgeordneten des Bundestages haben sich am Mittwoch mit der Modernisierung der Justiz befasst. „Durch Rechtsanpassungen im Bereich des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenführung soll die bereits fortgeschrittene Digitalisierung in der Justiz in allen Verfahrensordnungen weiter gefördert werden“, heißt es in dem Entwurf. So sieht der Entwurf unter anderem „die Einführung einer Hybridaktenführung in allen Verfahrensordnungen für geheimhaltungsbedürftige Aktenbestandteile, für vor der verpflichtenden Einführung der elektronischen Aktenführung in Papier begonnene Akten sowie - während der Pilotierungsphase - für elektronisch begonnene Akten“ vor.

Stephan Brandner machte in seiner Rede konkrete Vorschläge zur Entlastung der Justiz: „Die überwiegend jungen, männlichen, armen, ungebildeten und muslimisch geprägten Einwanderer sind ein Problem für die Justiz. Und das heißt für uns in der Konsequenz: Ein sehr guter Beitrag zur Entlastung der Justiz wären einfach bessere Grenzkontrollen und konsequente Abschiebung von Straftätern, insbesondere von Mehrfach- und Intensivstraftätern. Eine weitere Möglichkeit, die Justiz zu entlasten, wäre, sich mal um die Ordnungswidrigkeitsmaßnahmen aus Coronazeiten zu kümmern, die immer noch zu Tausenden laufen, wo mit Akribie unbescholtene Freiheitskämpfer weiterhin verfolgt werden. Diese Verfahren einzustellen gegen die angeblichen Coronastraftäter oder Coronademonstranten, das wäre ein Beitrag, die Justiz zu entlasten.“

Recht - Forderung nach Reform der Anerkennung von Vaterschaften beraten

Ein von der AfD-Fraktion vorgelegter Gesetzentwurf „zur Reform der missbräuchlichen Anerkennung von Vaterschaften“ stand ebenfalls am Mittwoch auf der Tagesordnung des Bundestages. Die Fraktion führt zu Begründung an, dass nach aktueller Rechtslage „eine bewusst wahrheitswidrige Anerkennung der Vaterschaft nicht zu deren Unwirksamkeit“ führe. In der Praxis werde diese Rechtslage „von Ausländern allerdings ausgenutzt, um sich durch Anerkennung eines deutschen Kindes ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu sichern“. Diese „Scheinvaterschaften“ hätten sich zu einem „attraktiven Geschäftsmodell insbesondere für mittellose deutsche Männer entwickelt“, heißt es weiter.

Stephan Brandner sagte in seiner Rede dazu: „Das ist ein Massenphänomen. Bereits 2017 gingen offizielle Schätzungen von etwa 5.000 solcher Fälle aus. Inzwischen schätzen Experten, dass es Zehntausende Fälle sind. Es gibt tatsächlich massenhaft Auffälliges, was die Behörden offenbar gar nicht groß interessiert. Ein Mann mit 19 Kindern von 17 Frauen in Berlin ist auffällig geworden. Bei einem Deutschen in Paraguay, der die Vaterschaft gleich für mehrere Hundert Kinder anerkennen lassen wollte, haben die Behörden Gott sei Dank funktioniert: Er ist gescheitert.“ Die AfD will daher gesetzlich regeln, „dass die Ausländerbehörden in allen Fällen der Vaterschaftsanerkennung beteiligt werden, wenn ein Elternteil nichtdeutscher Herkunft ist“. Ferner soll festgelegt werden, „dass die Beweislast für die Anerkennung einer leiblichen Vaterschaft der Anerkennende trägt. Dies kann mit Hilfe einer DNA-Analyse geschehen“.



Bericht aus dem Plenum: Donnerstag, 11. April

Aktuelle Stunde - AfD nach Vorwürfen russischer Einflussnahme kritisiert

In einer auf Verlangen der Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf die Tagesordnung gesetzten Aktuelle Stunde mit dem Titel „Mögliche Verstrickungen und Kooperationen von Mitgliedern der AfD-Fraktion mit autoritären Regimen vollständig aufklären“ kritisierten am Donnerstagnachmittag die übrigen Fraktionen die AfD dafür, sich zum „Sprachrohr“ Russlands zu machen. Hintergrund sind Vorwürfe gegen den AfD-Abgeordneten Petr Bystron. Ihm wird vorgeworfen, Geld aus Russland erhalten zu haben, was dieser bestreitet. Die AfD-Spitze hatte sich unter Verweis auf die Unschuldsvermutung hinter Bystron gestellt.

Stefan Keuter (AfD) sprach von einer „Hexenjagd“. Es fehlten jegliche belastbare Beweise für die Vorwürfe gegen Bystron. Erschreckend ist: Die Bundesregierung hat im Innenausschuss des Bundestags gar kein Interesse an einer Aufklärung gezeigt. Mit der AfD gäbe es eine interessengeleitete Außenpolitik, bezahlbare Energiepreise und ein „friedliches Miteinander auf dem europäischen Kontinent“. Dass dies der Koalition mit ihrer wertegeleiteten Außenpolitik nicht passe, sei klar. Nun stünden aber Wahlen bevor, und die Ampel werde kopflos und hektisch. „Sie haben uns inhaltlich nichts entgegenzusetzen und deshalb reduzieren Sie Ihre Aktivitäten auf Beschädigungsversuche und Diffamierungen.“

Recht - Union scheidet mit Antrag zum Einsatz von TKÜ bei Einbruchsdelikten

Die CDU/CSU-Fraktion wollte, dass die für die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls vorgesehene auf fünf Jahre befristete Möglichkeit zur Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) verlängert wird. Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens seien 2019 zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls die Befugnisse der Ermittlungsbehörden im Bereich der Telekommunikationsüberwachung erweitert worden, hieß es in der Vorlage. Diese Regelungen sollten nun nach dem Willen der Unionsfraktion über den 11. Dezember 2024 hinaus fortbestehen.

„Tobias Peterka dazu: „Nimmt man die rechtliche Abwägung ernst und stellt sich einen gesunden Staat mit einer ausreichend aufgestockten, ausgerüsteten und von allen Bevölkerungsteilen geachteten Polizei und Staatsanwaltschaft vor, dann könnte man sich den Luxus geringerer Maßnahmen durchaus leisten. Aber das sind natürlich Beschreibungen der Vergangenheit – oder eben einer Zukunft mit AfD-Regierung. Daher sehen wir uns jetzt nicht verpflichtet, für die Union Symbolanträge hier durchzuwinken und zu bewerben. Telekommunikationsüberwachung liegt eben zugrunde, dass viel Beifang erzielt wird, also Unschuldige belauscht oder registriert werden. Für so etwas sind in Deutschland eher andere politische Lager zuständig. Wir halten die Freiheit des Einzelnen hoch, gerade gegenüber dem Staat.“



Bericht aus dem Plenum: Freitag, 12. April

Recht - Bundestag beschließt Änderungen im Namensrecht

Zukünftig können Eheleute einen gemeinsamen Doppelnamen führen. Diese und andere Änderung im Ehenamens- und Geburtsnamenrecht hat der Bundestag am Freitagangenommen. Die AfD stimmte gegen das Gesetz.

Tobias Peterka hierzu: „Tatsache ist, dass plötzlich, abgesehen von den bekannten Mikrointeressen, die man wirklich für alles irgendwo finden kann weitere Neuerungen geplant sind. Das deutsche Namensrecht sei viel zu rigide, wird angeführt. Wir müssten uns endlich an internationale Zustände anpassen. Oha! Jetzt plötzlich sollen wir ins europäische Ausland oder sogar noch weiter schauen auf der Suche nach Vorbildern? Dabei wird doch von Ihnen beim Asylrecht jeder Staat mit funktionierenden Grenzen, Rückführungen und Anreizvermeidungen geradezu als verachtenswert dargestellt. Da gibt es dann plötzlich nur die einzig wahre Lehre, und die heißt: Deutschland hat die Welt zu retten, koste es, was es wolle. – Ohne uns!“

Familie - Skandalöses Selbstbestimmungsgesetz veranschiedet

Der Bundestag hat am Freitag den Plänen der Bundesregierung für ein „Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften“ zugestimmt. Mit dem Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) möchte die Koalition den Schutz der geschlechtlichen Identität, umsetzen, indem Menschen künftig die Möglichkeit haben sollen, ihren Geschlechtseintrag und ihren Vornamen diskriminierungsfrei ändern zu können. Darüber hinaus lag den Abgeordneten ein Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Transsexuellengesetz erhalten und den Schutz von Menschen mit Geschlechtsdysphorie verbessern“ zur Abstimmung vor. Das Parlament wies die Vorlage gegen die Stimmen der Antragsteller zurück. In ihrem Antrag forderte die AfD die Regierung auf, von der Einführung des geplanten Selbstbestimmungsgesetzes abzusehen. Stattdessen sollte sie eine Gesetzesnovelle vorlegen, wonach der Wechsel des Geschlechts nur nach Zustimmung einer interdisziplinären Kommission erlaubt sein soll. Darüber hinaus sprach sich die Fraktion dafür aus, „Forschungsprojekte zu initiieren, die psychische, physische und soziale Folgen 'geschlechtsangleichender' Behandlungen“ zu untersuchen. Zur Begründung für ihren Vorstoß verwies die AfD im Antrag auf Statistiken, denen zufolge die Zahl geschlechtsdysphorischer Patienten in den vergangenen Jahren gestiegen sei. Als „geschlechtsdysphorisch“ werden Personen bezeichnet, die sich mit ihrem angeborenen biologischen Geschlecht nicht identifizieren können und unter dieser Körper-Geschlechtsinkongruenz leiden. „Therapeutische Erfahrungen von Psychiatern“ deuteten darauf hin, dass „Transidentität“ zunehmend als Selbstdiagnose von Menschen in Lebenskrisen gewählt werde, so die Fraktion. Viele Patienten seien der „irrigen Auffassung“, dass körperverändernde Maßnahmen „ein Wundermittel“ für ihre Lebensprobleme darstellen.

Martin Reichardt führte dazu aus: „Das (von der Bundesregierung vorgelegte) Gesetz zeigt im Grunde die Infantilisierung des aktuellen politischen Mainstreams. Jeder soll irgendwie alles sein können, alles sein dürfen, jederzeit, sogar rückwirkend, die gesamte eigene Geschichte verleugnend. Ein Mann wird aber nicht zur Frau, wenn er sich eine Perücke aufsetzt und ein klischeehaft tief ausgeschnittenes Kleid anzieht, das in Wahrheit nur seine eigenen Stereotype von Weiblichkeit nach außen spiegelt.“



Kommende Termine



Thomas Trommer
Direktkandidat Landtag

Steffen Bromme
Bürgermeisterkandidat

Kerstin Müller
Landratskandidatin

Stephan Brandner
Direkt gewählter Abgeordneter WK 194

KOMMUNAL FÜR WEIDA

18. April 2024 19:00 Uhr
Gaststätte "Zum Aumatal" in Weida

AfD
Kreisverband
Landkreis Greiz

Sprechstunde

April
17

**Wahlkreisbüro
Gera**

Anmeldung unter
stephan.brandner.ma04@bundestag.de

AfD



Stephan Brandner
Direkt gewählter Abgeordneter WK 194

KOMMUNAL FÜR Gera

15. und 17. April ab 14:30 Uhr
Infostand am Stadtmuseum Gera

AfD
STEPHAN BRANDNER



STEPHAN BRANDNER

16

Meine neuen Infokarten von der Landesgruppe Thüringen

DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Letzte Generation verbieten!



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Die Auflösung einer Fraktion im Präsidium des Deutschen Bundestages widerspiegeln



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Keine Unterstützung von Schlepperei, Schleusungen und Menschenhandel im Mittelmeer



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Einfluss von Lobbyisten kontrollieren und eindämmen



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Deutsches Institut für Menschenrechte abwickeln



INNENPOLITIK



PROBLEM:
Die sogenannte „letzte Generation“ ist eine Gruppierung, die sich auf rechtslinke und rechte Parteien mehr einmischt als bisher. Sie fordert durch ihre Aktionen von den Parteien die sofortige Abschaffung aller Kernkraftwerke. Die Sicherheitskonferenz vom 1. Januar 2022 bis 30. September 2023 insgesamt 1900 Resolutionen regeln, die diese Gruppierung unterstützen.

HANDLUNGSBEDARF:
Die Organisation „letzte Generation“ stellt eine Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland dar. Die festgestellten erheblichen Verstöße gegen die Grundgesetze und Verfassungsgrundsätze der letzten Generation sowie die Begründung von Straftaten durch diese Mitglieder sind zu untersuchen und zu verfolgen, um einen Verfassungsschutz zu gewährleisten.

LÖSUNG:
Der Ausschuss der AfD-Fraktion (Dr. 2020/16), der federführend von Stephan Brandner erstellt wurde, fordert die Bundesregierung auf, durch geeignete Maßnahmen die Verfassungsverstöße dieser Organisation zu untersuchen. So soll die Bundesregierung unter Zuhilfenahme des Bundesrates für Verfassungsschutz Aufgaben, welche Aufgaben der Organisation „letzte Generation“ sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, aus dem Verantwortungsbereich ausgliedern.

Darüber hinaus soll geprüft werden, ob die Voraussetzungen für ein Verbot der Organisation „letzte Generation“ und ihrer Tochterorganisationen gegeben sind. Ein solches Verbot soll im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen erlassen und sofort umgesetzt werden.

Zum Verbot muss nach dem Verbotsgesetz vorher umgehend erzwungen und gegebenenfalls ausgetrieben werden. Insbesondere sind alle öffentlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen der Organisation zu untersuchen.



BUNDESTAG UND GESCHAFTSORDNUNG



PROBLEM:
Die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag hat zum 6. Dezember 2023 eine Auflösung beantragt. Die Abgeordnete Petra Pau wurde am 26. 10. 2023 aufgrund von § 2 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages gewählt, die lautet: „Jede Fraktion des Deutschen Bundestages ist durch mindestens einen Vizepräsidenten oder zwei Vizepräsidenten im Präsidium vertreten.“

Durch den Beschluss zur Auflösung der Fraktion Die Linke ist die Grundlage für die Wahl der Abgeordneten Petra Pau im Präsidium entfallen. Die Fraktion der Linken könnte nur aufgrund dieser gesonderten Entscheidung im Präsidium im Deutschen Bundestag sitzen. Nach der Auflösung der Fraktion fehlt jede Rechtsgrundlage für die Funktionen der Vizepräsidenten der Linken im Präsidium des Deutschen Bundestages.

LÖSUNG:
Es ist mehr als bemerkenswert, dass die AfD-Fraktion in diesem wichtigen Gremium des parlamentarischen Arbeitssystems im Bundestag vertreten werden, wobei seit Jahren entsprechende Zustände bestehen und ein unvollständiges Gremium die Entscheidungen fällt.

LÖSUNG:
Die Zusammenfassung des Problems des Deutschen Bundestages muss die parlamentarischen Arbeitssysteme und die Rolle des von Stephan Brandner verantworteten Ausschusses (Dr. 2023/16), dass die Abgeordnete Petra Pau aufgeführt sind, von der Verantwortung zurückgezogen zu werden.



INNENPOLITIK



PROBLEM:
Von 2012 bis 2016 sollen zwei Millionen Euro pro Jahr aus dem Bundeshaushalt für die Unterstützung der sogenannten „letzte Generation“ fließen. Diese Vorenahme wurde durch den Bundestag im Jahr 2016 durch den Bundestag genehmigt. Die Organisation „letzte Generation“ hat die Unterstützung der Bundesregierung für die Unterstützung der sogenannten „letzte Generation“ von 2012 bis 2016 durch den Bundestag genehmigt.

LÖSUNG:
Die AfD-Bundestagsfraktion fordert mit ihrem unter der Federführung Stephan Brandners erstellten Antrag die Unterstützung von Schleppern, Schleppern und Menschenhandeln im Mittelmeer für die sogenannte „letzte Generation“ im Mittelmeer zur Verfügung gestellt werden, die zum öffentlichen Recht über die Mittelmeer- und die Mittelmeer-Regionen in Europa gehen.

LÖSUNG:
Die AfD-Bundestagsfraktion fordert mit ihrem unter der Federführung Stephan Brandners erstellten Antrag die Unterstützung von Schleppern, Schleppern und Menschenhandeln im Mittelmeer für die sogenannte „letzte Generation“ im Mittelmeer zur Verfügung gestellt werden, die zum öffentlichen Recht über die Mittelmeer- und die Mittelmeer-Regionen in Europa gehen.



INNENPOLITIK



PROBLEM:
Die Einführung des Lobbyinggesetzes hat nicht dazu beigetragen, die Einflussnahme von Lobbyisten zu kontrollieren und zu begrenzen. Die Bundesregierung hat die Einführung des Lobbyinggesetzes nicht als Tag der Transparenz und der Offenheit für die Bürgerinnen und Bürger in den Bund gesehen.

LÖSUNG:
Ein Gesetzesausschuss der AfD-Bundestagsfraktion (Dr. 2020/16), federführend von Stephan Brandner, wird die Bundesregierung auf die Einhaltung des Lobbyinggesetzes und die Einhaltung des Lobbyinggesetzes hinwirken. Ein solches Verbot soll im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen erlassen und sofort umgesetzt werden.

LÖSUNG:
Ein Gesetzesausschuss der AfD-Fraktion (Dr. 2023/16), federführend von Stephan Brandner, wird die Bundesregierung auf die Einhaltung des Lobbyinggesetzes und die Einhaltung des Lobbyinggesetzes hinwirken. Ein solches Verbot soll im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen erlassen und sofort umgesetzt werden.



BUNDESTAG UND GESCHAFTSORDNUNG



PROBLEM:
Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIME) wurde am 8. März 2022 auf der Grundlage eines einstimmigen Bundesgesetzbeschlusses in den Bundestag aufgenommen. Das DIME ist ein unabhängiges nationales Menschenrechtsinstitut. Das DIME hat sich noch nicht etabliert, das Deutsche Institut für Menschenrechte im in- und Ausland nicht und fördert die Rechte der Menschenrechte im in- und Ausland nicht und fördert die Rechte der Menschenrechte im in- und Ausland nicht.

LÖSUNG:
Die AfD-Bundestagsfraktion fordert mit ihrem unter der Federführung Stephan Brandners erstellten Antrag die Unterstützung von Schleppern, Schleppern und Menschenhandeln im Mittelmeer für die sogenannte „letzte Generation“ im Mittelmeer zur Verfügung gestellt werden, die zum öffentlichen Recht über die Mittelmeer- und die Mittelmeer-Regionen in Europa gehen.

LÖSUNG:
Die AfD-Bundestagsfraktion fordert mit ihrem unter der Federführung Stephan Brandners erstellten Antrag die Unterstützung von Schleppern, Schleppern und Menschenhandeln im Mittelmeer für die sogenannte „letzte Generation“ im Mittelmeer zur Verfügung gestellt werden, die zum öffentlichen Recht über die Mittelmeer- und die Mittelmeer-Regionen in Europa gehen.



Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
E-Post: kontakt@
brandner-im-bundestag.de
**Geöffnet: Di bis Do: 10-17
Uhr**

Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: goessnitz@
brandner-im-bundestag.de
**Geöffnet: Do und Fr: 10-17
Uhr**

Wahlkreisbüro Altenburg

Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: altenburg@
brandner-im-bundestag.de
**Geöffnet: Mo und Mi: 10-17
Uhr**



Wahlkreisbüro Zeulenroda

Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
E-Post: zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de
**Geöffnet: Mo und Do: 10-17
Uhr**

Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
E-Post: soemmerda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda

Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
E-Post: apolda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do: 10-14 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.twitter.com/stbrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd
-  <https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPbGehEUippEJx1r>

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEF1JEN
Verwendungszweck: Stephan Brandner



**Sie haben Fragen
an mich?**

Schnell über
www.abgeordnetenwatch.de
stellen und auch andere davon
profitieren lassen!

www.stephan-brandner.de

Alternative
Die
Brandner